

Der Schweizer Uno-Botschafter gerät für seine Rolle beim Ausarbeiten des Migrationspakts unter Beschuss **SEITE 9**

Wie der französische Geheimdienst 1960 in Genf einen afrikanischen Freiheitskämpfer vergiftet hat **SEITE 11**

Bauersfrauen verlangen einen Lohn

Die oberste Schweizer Landfrau will Bäuerinnen rechtlich besser absichern

ANGELIKA HARDEGGER

Christine Bühler sorgte gleich zu Beginn ihrer Amtszeit für Aufruhr unter den Bauern. Im April 2011 wurde sie zur Präsidentin des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbands (SBLV) gewählt. Zwei Monate später rief Bühler bereits zum Streik auf. «Ein Ziel: gleich viel!», skandierte die BDP-Frau im Chor mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Man könne nicht länger zusehen, «wie die Männer nur Brosamen für uns Bäuerinnen übrig lassen», liess sie sich in der Presse zitieren.

Sieben Jahre später hat Bühler den Ton gemässigt und die Strategie angepasst. Statt zu streiken, lobbyiert sie nun im Parlament für ihr Anliegen, das noch immer dasselbe ist: ein Lohn für die Schweizer Bäuerinnen.

Die Agrarreform soll es richten

Manche Bauern bezahlen ihren Frauen schon heute einen Lohn für die Mitarbeit auf dem Hof. Rund die Hälfte arbeitet aber gratis mit, wie eine Auswertung des Bundes aus dem Jahr 2013 gezeigt hat. «Diese Frauen sind im Alter zum Teil sehr schlecht abgesichert», sagt Bühler. «Kommt es zur Scheidung, landen viele beim Sozialamt.» Alle wür-



Rund jede zweite Schweizer Bäuerin arbeitet heute gratis auf dem Hof mit.

EDDY RISCH/KEYSTONE



Christine Bühler
Präsidentin
des Schweizerischen
Bäuerinnen- und
Landfrauenverbands

den immer betonen, wie wichtig die Arbeit der Frauen auf den Höfen sei. Jetzt sei die Zeit der schönen Worte «einfach mal vorbei».

Im Rahmen der anstehenden Agrarreform will Christine Bühler im Gesetz verankern, dass «familieneigene Mitarbeitende» entlohnt werden müssen. Profitieren würden von dieser Regel neben den Ehefrauen auch Söhne, Väter und Mütter von Betriebsleitern. Der Schweizer Bauernverband (SBV) ist von der Forderung allerdings wenig begeistert. «Wir können doch nicht jedem Bauern vorschreiben, dass er seine Familie bezahlen muss», sagt Präsident

Markus Ritter. Beim Gewerbe käme man auch nie auf diese Idee.

Ein definitiver Entscheid ist beim Bauernverband zwar noch nicht gefallen. Die Bäuerinnen wollten den Lohnanspruch aber bereits in ein Strategiepapier zur Agrarreform aufnehmen. Das lehnte der SBV-Vorstand ab. Grundsätzlich sei es ja «wünschenswert», dass auch Bäuerinnen einen Lohn ausbezahlt bekämen, sagt Markus Ritter. Der Bauernverband empfehle das auch, wenn genügend Erträge vorhanden seien. «Aber wenn ein Betrieb nur 40 000 Franken steuerbares Einkommen erwirtschaftet, ist das halt schwierig.»

Es ist ein Argument, das Christine Bühler schon oft gehört hat. «Sie sagen: Lohn und AHV für die Frauen, das kann sich ein Landwirtschaftsbetrieb doch nicht leisten.» Aber dass das Geld für Lohn und AHV des Mannes zu knapp sei, das sei ihr noch nie zu Ohren gekommen.

Christine Bühler und ihr Mann führen ihren Betrieb im Berner Jura ge-

meinsam. Am Ende des Jahres teilen sie das Einkommen untereinander auf. Bühler ist überzeugt: Das Problem liegt nicht auf den Konten der Landwirte, sondern in ihren Köpfen. «Im traditionellen Bauernbild ist die Bäuerin absolut abhängig von ihrem Mann. Dieses Bild ist noch weit verbreitet.»

Unterstützung von links

Alliierte sucht der Schweizerische Bäuerinnen- und Landfrauenverband nun links der Mitte. Die grüne Nationalrätin Maya Graf will die Forderung des SBLV auf einen gesetzlichen Lohnanspruch unterstützen. Graf ist nicht nur die bekannteste Bäuerin im Parlament, sondern auch Co-Präsidentin beim Bund der Schweizer Frauenorganisationen Alliance F. Zur sozialen Absicherung sei der Bäuerinnenlohn wichtig, sagt sie. Aber für echte Gleichstellung müssten Frauen auch vermehrt Eigentümerinnen und Betriebsleiterinnen werden.

Heute werden weniger als sechs Prozent aller Schweizer Bauernbetriebe von Frauen bewirtschaftet. Die Zahl steigt zwar, aber in aller Regel überschreiben die Väter ihre Höfe auf die Söhne. Diese rechtliche Vorrangstellung der Männer kommt die Frauen bei der Scheidung teuer zu stehen. Der Betrieb bleibt im Besitz des Mannes, und die Frau geht leer aus – selbst wenn sie über die Jahre nicht nur viel Arbeit, sondern auch Kapital in den Hof investiert hat. Sie auszuzahlen, würde manche Höfe in finanzielle Schwierigkeiten bringen. Deshalb verzichten immer wieder Frauen auf Geld, das ihnen eigentlich zusteht, auch aus Solidarität gegenüber den Kindern, die den Betrieb dereinst übernehmen sollen.

Markus Ritter ist sich dieser Problematik bewusst. «Solange man auskommt untereinander und gemeinsam in die Pension geht, ist alles gut.» Aber bei Scheidungen gebe es durchaus «unschöne Geschichten».

Elektroautos müssen lauter werden

Neues Gesetz für die Sicherheit von Sehbehinderten

(sda) · Ab Mitte 2019 besteht aus Sicherheitsgründen eine Lärmpflicht für Elektroautos auf Schweizer Strassen. Thomas Rohrbach, Sprecher des Bundesamts für Strassen (Astra), bestätigte einen entsprechenden Bericht der «NZZ am Sonntag». Neue Modelle müssen demnach auf diesen Zeitpunkt hin mit einem sogenannten Acoustic Vehicle Alerting System ausgerüstet sein. Ein Klanggenerator erzeugt dabei motorenähnliche Geräusche und spielt diese über wasserdichte Aussenlautsprecher ab. Das gilt auch für Brennstoffzellenfahrzeuge und Hybridautos, die einen Verbrennungs- und einen Elektromotor an Bord haben.

Ab Mitte 2021 dürfen auch ältere Modelle nur noch mit diesem System verkauft werden. Bereits im Verkehr stehende Modelle müssen hingegen nicht nachgerüstet werden. Laut dem Astrasprecher ist das künstliche Warngeräusch wesentlich leiser als ein Benzin- oder Dieselmotor. Aus diesem Grund entstehe keine neue Lärmproblematik.

Für Blinde und Sehbehinderte sei geräuschlose Mobilität eine riesengrosse Herausforderung im Alltag, sagte Alfred Rickli, Sprecher des Schweizerischen Blinden- und Sehbehindertenverbands, auf Anfrage der Agentur Keystone-SDA. Aus diesem Grund sei man auch beim Astra vorstellig geworden. Die im Gleichklang mit der EU geplante Massnahme für Elektrofahrzeuge sei grundsätzlich positiv. Darüber hinaus sollten nach dem Willen des Verbandes die Geräusche aber auch zu hören sein, wenn die Fahrzeuge stehen. Der Verband würde es ausserdem begrüssen, wenn es für schnelle Elektrofahrräder ebenfalls eine «Geräuschpflicht» gäbe.

Beim Astra verweist man darauf, dass 98,5 Prozent aller Fahrzeuge, die in der Schweiz auf den Markt kommen, den EU-Vorschriften entsprechen. Ein Alleingang der Schweiz bei den Vorschriften wäre daher relativ schwierig. Es müssten Abkommen gekündigt werden. Neue Vorschriften für Geräusche von schnellen Elektrofahrrädern sind laut dem Astrasprecher derzeit in der Schweiz nicht geplant. Diese Fahrzeuge seien vor allem für die Fahrer selber gefährlich. Man prüfe eine Lichtpflicht am Tag.

Unter den 4,5 Millionen Personenkraftwagen in der Schweiz zählte man Ende letzten Jahres 15 000 Elektroautos und 67 000 Fahrzeuge mit Hybridmotor.

Die FDP verschärft den Ton gegen den Uno-Migrationspakt

Durfte die Schweiz das umstrittene Papier überhaupt massgeblich mitgestalten? Bürgerliche Parlamentarier bezweifeln es

LUCIEN SCHERRER

«We did it!» – so frohlockte der Schweizer Uno-Botschafter in New York, Jürg Lauber, als die Vereinten Nationen im letzten Juli nach monatelangen Verhandlungen einen internationalen Migrationspakt präsentierten. Mittlerweile ist Lauber jedoch arg unter Beschuss geraten, zumindest von bürgerlicher Seite. Hier werden die Zweifel immer lauter, ob der Pakt tatsächlich zur Entschärfung globaler Migrationsprobleme beiträgt. Viele befürchten gar das Gegenteil, auch wenn der Bundesrat und andere Befürworter gebetsmühlenhaft wiederholen, es gehe hier nur um rechtlich unverbindliches «soft law».

So hat die bürgerliche Mehrheit in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats dem Bundesrat am letzten Freitag empfohlen, den Pakt entgegen

anderen Ankündigungen nicht zu unterstützen. Besonders die FDP hat den Ton in den letzten Tagen merklich verschärft. Montesquieu, so spottete etwa der Appenzeller Ständerat Andrea Caroni am Wochenende auf Twitter, hätte zu diesem Dokument Folgendes gesagt: «Wenn es nicht nötig ist, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, ist es nötig, sie nicht zu unterzeichnen.» Selbst der ausgesprochen moderate Solothurner Nationalrat Kurt Fluri erklärte den Medien zum grossen Ärger einiger Linker, der Migrationspakt schaffe «gewissermassen Anreize» für Migranten.

Konsultationen verlangt

Umstritten ist auch die Frage, ob der Schweizer Diplomat Lauber für seine federführende Rolle bei der Ausarbei-

tung des Pakts überhaupt ausreichend mandatiert war. FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann will diese Frage in der Aussenpolitischen Kommission (APK) aufwerfen, die den Bundesrat am Montag und am Dienstag für eine Konsultation empfängt. Der Bundesrat hat sich bisher auf den Standpunkt gestellt, dass er das Parlament ausreichend einbezogen habe. «Die zuständigen Kommissionen (SPK und APK)», so heisst es in einer Stellungnahme, «wurden im Rahmen der Berichte des Bundesrates über die Aktivitäten der schweizerischen Migrations-aussenpolitik 2016 und 2017 über das Ziel eines Migrationspaktes sowie über den Verhandlungsverlauf informiert.»

Portmann bezweifelt jedoch, dass das genügt. «Der Bundesrat ist verpflichtet, ein solches Geschäft speziell zu traktandieren», sagt er, «eventuell muss er sich ein Mandat sogar von der APK bewilli-

gen lassen.» Der Zürcher Nationalrat stützt sich dabei auf das Parlamentsgesetz, das vom Bundesrat bei «wesentlichen» ausserpolitischen Vorhaben eine Konsultation der Parlamentskommissionen verlangt. Zudem betont er, dass seine Partei von der Regierung einen formellen Beschluss fordere, der letztlich in einer Volksabstimmung angefochten werden könnte.

Cassis buchstabiert zurück

Der Widerstand der FDP hat einerseits mit den anhaltend hohen Zustimmungsraten für die Selbstbestimmungsinitiative der SVP zu tun, die von der freisinnigen Parteileitung bekämpft wird. Da sich die Initiative auch gegen die schlechtere Übernahme von internationalem, demokratisch nicht legitimiertem «soft law» richtet, kann der Ruf nach

einer Volksabstimmung in Sachen Uno-Pakt sicher nicht schaden.

Andererseits wird immer klarer, dass sich im Bundesrat vor allem Bundespräsident Alain Berset (sp.) auf die Unterzeichnung des Dokuments freut. Der freisinnige Aussenminister Ignazio Cassis dagegen, der das Geschäft von seinem Vorgänger Didier Burkhalter geerbt hat, ist bestenfalls halbherzig bei der Sache. Erst zeigte er sich öffentlich äusserst skeptisch, dann liess er sich von internen Gutachten und Analysen scheinbar von diesem Prestige-geschäft der Verwaltung überzeugen, was ihn jetzt allerdings nicht daran hindert, erneut Zweifel zu säen. Es wäre «keine Katastrophe», so erklärte er dem «Tages-Anzeiger», wenn die Schweiz den Migrationspakt vorerst nicht unterzeichnete. Oder meinte er vielleicht «gar nie», wie Gegner des Paktes hoffen und Befürworter befürchten?